

fen erfolgen, wobei jede Stufe vertrauensbildend wirken muß. Wesentlich für den Erfolg einer politischen oder wirtschaftlichen Initiative ist die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Zwar haben die USA den Contadora-Prozeß gebilligt, sie müssen jedoch noch ihre volle Unterstützung festschreiben. Beiträge von Staaten und internationalen Organisationen, die nicht direkt am Prozeß beteiligt sind, werden auch befürwortet; wesentlich ist, daß sie den Contadora-Prozeß ergänzen und keine Energien davon ablenken oder vergeuden. Diese Bemühungen könnten bei der Durchführung der Sicherheitsaspekte des Contadora-Prozesses relevant werden: sie könnten die Beschaffung von Mitteln und technischer Beratung umfassen sowie Unterstützung in den Bereichen Friedenssicherung, Friedensbeobachtung, Friedensschaffung und vertrauensbildende Maßnahmen.

Anmerkungen

- 1 Gegen den Entschließungsantrag S/14941 v. 1.4.1982; Text: VN 4/1982 S.147.
- 2 Text: VN 3/1983 S.100.
- 3 Adresse: The International Peace Academy, 777 United Nations Plaza, New York, NY 10017, USA.
- 4 Zu nennen ist insbesondere das jährliche Wiener Seminar zum Thema Friedenssicherung, das in diesem Sommer bereits zum 14. Male stattfindet; eine dieser Veranstaltungen hatte Anlaß zu einem Beitrag in dieser Zeitschrift gegeben (Hans-Peter Kaul, UN-Friedenstruppen: Versuch einer Bilanz. Ein Diskussionsbeitrag aus deutscher Sicht in 33 Thesen, VN 1/1983 S.1ff.). Einmal jährlich wird auch ein Seminar für UN-Diplomaten über multilaterales Verhandeln abgehalten; die fünfte derartige Zusammenkunft fand im April dieses Jahres in Philadelphia statt.
- 5 Was wohl den dortigen Wahlen zuzuschreiben war.
- 6 Enthalten im Anhang zur Mitteilung des UN-Generalsekretärs über die Lage in Mittelamerika, UN-Doc. S/16041 v.18.10.1983.
- 7 Angenommen als Abschlußresolution des Treffens der Außenminister der Contadora-Gruppe mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten (Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua) am 8. Januar 1984 in Panama-Stadt.

Eine islamische Alternative zu den Blöcken?

Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) in den internationalen Beziehungen

REINHARD SCHULZE

In diesem Jahr hat die größte zwischenstaatliche islamische Organisation, die Organisation der Islamischen Konferenz (Organization of the Islamic Conference, OIC; arabisch: munazzamat al-mu'tamar al-islami) gleich zweimal Grund zu feiern. Zum einen kann sie auf eine jetzt fünfzehnjährige Geschichte zurückblicken¹, zum anderen gelang es ihr mit der Aufhebung der Suspendierung der ägyptischen Mitgliedschaft — Ägypten war wegen des Camp-David-Abkommens von 1979 von allen Tagungen und Gremien der OIC ausgeschlossen worden — ihre ungebrochene Attraktivität in der islamischen Welt unter Beweis zu stellen. Daß sie darüber hinaus auch auf der internationalen Ebene Anerkennung fand, drückte sich bereits im Oktober 1975 in der Gewährung des Beobachterstatus durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen aus. Heute gehört mehr als ein Viertel der UN-Mitgliedstaaten zugleich der OIC an.

Rückkehr des volkreichsten arabischen Landes

Von der zehnten Konferenz der islamischen Außenminister (8.–12. Mai 1979 in Fez/Marokko), dem Gremium, das die eigentliche politische Entscheidungsinstanz der OIC darstellt, war die Suspendierung Ägyptens ausgesprochen worden. Den Abbruch der Beziehungen zu Ägypten wollte die OIC aber nicht als vollständigen diplomatischen Boykott verstanden wissen; damit folgte sie nicht der Empfehlung der Ratssitzung der Arabischen Liga in Bagdad (27.–31.3.1979), auf der der »Abbruch der politischen und diplomatischen Beziehungen mit dem ägyptischen Regime« innerhalb »eines Monats« empfohlen worden war². Die OIC reagierte vorsichtiger auf das ägyptisch-israelisch-amerikanische Abkommen vom 26. März 1979. In der Resolution der 1. außerordentlichen Konferenz der Islamischen Außenminister (Conference of Islamic Foreign Ministers, im folgenden: CIFM), die vom 27. bis 29. Januar 1980 in Lahore abgehalten wurde, heißt es dementsprechend nur: »Die Konferenz fordert alle muslimischen Länder auf, zu erwägen, sich dem gemeinsamen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Boykott des ägyptischen Regimes anzuschließen.«³

Neben der Tatsache des Abschlusses eines Friedensvertrages mit dem, wie es oft heißt, »zionistischen Gebilde« — der Vertrag wurde im übrigen von hochrangigen Rechtsgelehrten der größten islamischen Universität al-Azhar in Kairo gebilligt⁴ —, wird vor allem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel kritisiert. Dies ist insoweit erstaunlich, als zwei andere Mitgliedstaaten der OIC schon seit langem in Israel diplomatisch vertreten waren, nämlich die Türkei (allerdings herabgestuft) und der Iran; letzterer hatte jedoch die Beziehungen, die der

Schah im Juli 1960 aufgenommen hatte, nach dem Sieg der islamischen Revolution im Frühjahr 1979 abgebrochen und stattdessen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) diplomatisch anerkannt.

Auf der vierten Islamischen Gipfelkonferenz (Islamic Summit Conference, ISC) in Casablanca (16.–21.1.1984) war es der hart von Israelis und Dissidenten aus den eigenen Reihen bedrängte Chef der PLO, Yasir Arafat, der sich für eine Wiedereingliederung Ägyptens in die OIC stark machte. Vorausgegangen war der spektakuläre Bruderkuß zwischen Arafat und dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak im Dezember 1983, der die Reintegration Ägyptens in die »arabisch-islamische Phalanx« einleiten sollte. Die Mehrzahl der Mitgliedstaaten stand vor der Frage, wie die Aufhebung der Suspendierung legitimiert werden könne. Einige schwarzafrikanische Staaten (so Senegal, Gabun, Gambia und Niger) hatten sich schon 1979 der Stimme enthalten. Am schwierigsten war die Position für Saudi-Arabien; seine Führungsrolle in der OIC war allgemein anerkannt. Auf der 2. ISC (22.–24.2.1974) in Lahore war dem damaligen König Faisal sogar der Titel eines Kalifen (amir al-mu'minin) angetragen worden, und auch der jetzige König Fahd scheint sich mit seinen Friedensbemühungen im Libanon-Konflikt schon einige Anerkennung erworben zu haben. Daher war es nicht verwunderlich, daß die saudische Position zur Wiederaufnahme Ägyptens für die anderen Mitgliedstaaten der OIC — mit Ausnahme Libyens, Syriens, des Iran und des Demokratischen Jemen — einige Bedeutung hatte. Die saudische Argumentation war denkbar einfach: Die Palästinenser als Hauptbetroffene der ägyptischen Vertragspolitik mit Israel sollten selbst entscheiden. Da Arafat und seine PLO-Fraktion weiterhin politisch von den meisten arabisch-islamischen Regimen gestützt wurden, war seine Entscheidung zumindest moralisch bindend. Ein saudischer Beobachter, Kamal ad-Din Mustafa, beschrieb die Diskussion auf der ISC von Casablanca wie folgt:

»Arafat, der Führer der PLO, verteidigte heftig die Rückkehr Ägyptens in die islamische Front und lobte Husni Mubarak. ... Ja, er versuchte sogar anzuzweifeln, ob der 1979 gefaßte Beschluß, Ägyptens Mitgliedschaft einzufrieren, (überhaupt) rechtmäßig war. Er fragte nämlich, ob es in der Satzung der OIC einen Paragraphen gebe, der die Einfrierung einer Mitgliedschaft erlaubt. Derart war in der Tat die Verteidigung Ägyptens durch Arafat.«

Arafat, so fährt der Berichtstatter fort, habe es im Angesicht der unbelehrbaren Widersacher Syrien und Libyen geschafft, jede Diskussion von Beginn an zu verhindern und so die Wiederaufnahme Ägyptens durchzusetzen, ohne »die Angelegenheit zur Abstimmung« zu stellen⁵.

In Ägypten wurde der Wiederaufnahmebeschluß als eine

Selbstverständlichkeit angesehen. Die Kairoer Zeitungen betonten, daß keine Bedingungen an die Aufhebung der Suspendierung geknüpft seien. Die Wiedereingliederung Ägyptens hatte zwangsläufig die vehemente Opposition vor allem Syriens und Libyens zur Folge. Der eigentliche Widersacher der saudischen Politik, der Iran, war gar nicht erst in Casablanca vertreten. Syrien und Libyen boykottierten die Abschlußsitzung der Konferenz und verschärften ihre Attacken gegen die PLO und Ägypten. Eine Spaltung der OIC und damit der politischen Organisation der islamischen Staaten konnten oder wollten sie aber nicht erreichen.

*Zwischen Ost und West,
zwischen Progressismus und Restauration*

Damit reproduzierte sich erstmals in der OIC ein Konflikt, der schon mehrfach die arabische Staatengemeinschaft an den Rand eines Zusammenbruchs geführt hatte und der oft in der arabischen Presse als der ›arabische Bruderzwist‹ verharmlost wurde: der sogenannte Ost-West-Konflikt.

Auf eine einfache Formel gebracht, lassen sich die arabischen beziehungsweise islamischen Regime den zwei weltpolitischen Blöcken zuordnen. Auf der einen Seite finden sich jene Regime, die offen oder verdeckt die amerikanische Nahost-Strategie, wenn auch nicht immer in all ihren Winkelzügen, stützen (so Ägypten, Sudan und Saudi-Arabien); auf der anderen Seite stehen solche Regime, die entweder für eine spezifisch arabische beziehungsweise islamische Politik plädieren (Iran, Libyen) oder die in der Sowjetunion einen Garanten ihrer Interessen sehen (Syrien, Demokratischer Jemen). Die ›islamische Solidarität‹ — einer der begrifflichen Pfeiler der OIC, der noch von dem saudischen König Faisal (ermordet 1975) gesetzt worden war — droht allmählich in der internationalen Blockbildung zu versickern⁶. Dabei war die OIC unter anderem gerade aus dem Anspruch heraus gegründet worden, die islamische Identität als Alternative zum ›kapitalistischen‹ wie zum ›kommunistischen‹ Block herauszustellen. Der jetzt im Iran immer wieder zu hörende Ruf ›Weder Osten noch Westen — Islamische Republik‹ stand schon 1969 bei dem Beschluß zur Gründung der OIC Pate. Gemeint war damals noch nicht explizit die Eröffnung eines Süd-Süd-Dialogs, wie es heute oft von seiten der OIC heißt, sondern lediglich die Abwehr staatskapitalistischer Entwicklungen zum Beispiel nasseristischer Prägung und die Lösung schwelender Konflikte aus ›eigener Kraft‹, zum Beispiel des Palästina-Problems.

Die Abwehr staatskapitalistischer Entwicklung, die eine allmähliche Herauslösung aus dem ›freien‹ Weltmarkt bedeuten konnte, wurde in Saudi-Arabien schon immer gleichgesetzt mit der Abwehr des Kommunismus. Daher war die nach außen zur Schau getragene Einhelligkeit, mit der die sowjetische Invasion Afghanistans verurteilt wurde, nicht überraschend. Auf der schon erwähnten 1. außerordentlichen CIFM 1980 in Lahore setzte Saudi-Arabien die Suspendierung der Mitgliedschaft Afghanistans durch, die so lange gelten soll, wie sich ein sowjetischer Soldat auf afghanischem Boden befindet. Alle Mitgliedstaaten der OIC wurden aufgerufen, die diplomatischen Beziehungen zu dem ›illegalen Regime‹ in Afghanistan abzubrechen. Die Gegner dieses Beschlusses, Syrien und der Demokratische Jemen, waren gar nicht erst auf der Konferenz erschienen. Anderen OIC-Staaten ging diese tendenziell pro-amerikanische Resolution entschieden zu weit, da sie das Prinzip der islamischen Neutralität zwischen West und Ost verletze. Schwankend zwischen der islamischen Solidarität gegenüber Afghanistan und der (oft nur noch historisch greifbaren) Loyalität gegenüber der Sowjetunion, setzten sie eine zweite Resolution durch, in der die OIC

›unter Hinweis auf die gegenwärtigen Versuche gewisser westlicher Mächte, die neue, durch die bewaffnete Intervention der Sowjetunion in Afghanistan entstandene Lage dazu auszunutzen, erneut imperialistische Interventionen in der islamischen Welt (durch)zuführen‹, mit ›schrecklichen Konsequenzen‹ droht, falls ein solcher ›Druck‹ ausgeübt werde⁷.

Während sich die antikommunistische Haltung der OIC insbesondere auf die politische Situation innerhalb der Gesellschaft des jeweiligen Mitgliedstaates bezieht, berührt der ›Antikapitalismus‹ der OIC rein ökonomische Bereiche. Wenn man in Saudiarabien zum Beispiel von der Bedrohung der islamischen Gesellschaft durch den Kapitalismus spricht⁸, dann wird damit nicht die USA als politischer Machtfaktor identifiziert. Die Bedrohung stamme vielmehr aus der dem islamischen Gesetz (schari'a) widersprechenden Struktur bestimmter Aspekte des Kapitalismus; hier wird immer wieder auf das islamische Zinsverbot, auf die Kreditpolitik, auf das Steuer- und Handelsrecht, sowie (in gewissen Fällen) auf Eigentumsrechte im Kapitalismus verwiesen. In diesen Bereichen bietet das islamische Gesetz eine Alternative zum Kapitalismus. Dies ist aber nicht gleichbedeutend mit der Ablehnung des Westens als politischem Block. Diese differenzierte Behandlung von Osten und Westen wird nicht von allen Mitgliedstaaten der OIC mitgetragen. Für den Iran etwa gibt es keinen wesensmäßigen Unterschied zwischen Ost und West, während Libyen eher die politische Funktion des westlichen Blocks bekämpft und eine Variation des Sozialismus auf Grundlage einer islamischen Identität propagiert. Islamischer Kapitalismus versus islamischer Sozialismus, politische Einbindung in den Westen gegenüber politischer Einbindung in den Osten — zwischen diesen beiden Polen oszillieren die politischen Stellungnahmen der OIC seit 1969. Der von vielen islamischen Intellektuellen geforderte dritte internationale Block, den die islamischen Gesellschaften darstellen sollten, war immer eine Fiktion.

Schon als die ersten Vorstellungen von einem ›islamischen Block‹ in die Politik der arabischen Regime eingebracht wurden — gefordert wurde eine solche Blockbildung auf der Grundlage der alten islamischen ›umma‹ (Gemeinde der Gläubigen) insbesondere von den Muslimbrüdern —, standen sie in einem funktionalen Verhältnis zur internationalen Blockbildung. Seit etwa 1965/66 geisterte die Idee, einen islamischen Block zu schaffen, durch die arabische Presse⁹. Von vielen Beobachtern in der islamischen Welt wurde diese Idee dem saudischen König Faisal zugeschrieben, der eine politische Gegenströmung zum Nasserismus schaffen wollte. Die Tatsache, daß Faisal sich dabei auf solche arabischen bzw. islamischen Regime stützte, die die Garanten der amerikanischen Interessen im Nahen Osten waren — sprich: auf den Schah des Iran und König Hasan II. von Marokko —, war für viele andere Grund genug zu vermuten, daß der ›islamische Block‹ ein Ergebnis der Wühlarbeit der CIA war und als Ersatz für den zusammengebrochenen Mittelost-(CENTO-)Pakt fungieren sollte.

Nach der arabischen Niederlage gegen Israel, die gleichzeitig das vorläufige Ende des sowjetischen Einflusses in der Region einleiten sollte, gelang es den Parteigängern des ›islamischen Blocks‹, die Ursache für die Demütigung in der nationalistischen ›Borniertheit‹ der nasseristischen und ba'athistischen Regime auszumachen. Lautstark wurde nun in der saudischen Presse der Ruf nach einer islamischen Interpretation des Palästina-Konflikts propagiert. Der Widerhall war erstaunlich. Selbst Nasser konnte sich diesem charismatischen Ruf nicht entziehen. Die damals vierzehn Mitglieder zählende Liga der arabischen Staaten hatte, obwohl von den Vereinten Nationen immerhin als Regionalorganisation anerkannt, erheblich an Attraktivität eingebüßt. Sie bot kaum noch das Bild einer intakten, politisch wirkungsvollen Institution. Der Jemen-Konflikt hatte die Liga an den Rand einer Spaltung geführt und konnte erst nach der arabischen Niederlage 1967 zumindest zeitweise entschärft werden. Das gemeinsame arabische Oberkommando war nach 1967 zusammengebrochen. Der Stolz der Liga, die Palästinensische Befreiungsarmee, der immerhin fast 30 000 Soldaten auf dem Sinai unterstanden hatten, war zu einem Werkzeug syrischer Interessen geworden. Schon auf der vierten Arabischen Gipfelkonferenz in Khartum (29.8.–1.9.1967) war deutlich geworden, daß Faisal und mit ihm andere arabische Führer nicht mehr gewillt waren, die mehrheitlich von nationa-

listischen Kräften (unter anderem Vereinigte Arabische Republik, Algerien, Syrien, Irak und Arabische Republik Jemen) getragene Arabische Liga als Vertreterin der ›arabischen‹ Interessen anzuerkennen und ihr die politische Führung im Palästina-Konflikt zu überlassen.

Die Vorstellung, sich aus dem West-Ost-Konflikt herauslösen zu können und auf der Basis der islamischen Identität eine eigene, erfolgreiche internationalistische Politik zu betreiben, faszinierte. Der Brand der Jerusalemer al-Aqsa-Moschee am 21. August 1969 markierte den endgültigen Durchbruch der von Saudi-Arabien, dem Iran und Marokko getragenen Blockpolitik. Zwischen dem 22. und 25. September 1969 trafen sich in Rabat die Monarchen, Staats- und Regierungschefs von 22 islamischen Staaten zur ersten Islamischen Gipfelkonferenz (ISC). Die Teilnahme des ägyptischen Präsidenten Nasser¹⁰ zeigte, daß auch er nun bereit war, sich einer islamischen Interpretation des Nahost-Konflikts zu unterwerfen. Faisal konnte nun den Kampf um Palästina als einen islamischen Heiligen Krieg (dihad) bezeichnen, ohne auf großen Widerstand der eigentlich den Islam als politische Größe völlig ignorierenden PLO zu stoßen¹¹.

Als dann noch auf der 1. ISC 1969 die Gründung einer zwischenstaatlichen islamischen Organisation angeregt wurde, mochte wohl niemand so recht daran glauben, daß hier eine der bisher langlebigsten islamischen Staatengemeinschaften aufgebaut werden sollte. Zu oft hatte es Enttäuschungen gegeben. So war der 1954 in Mekka gegründete islamische Staatenbund zwischen Ägypten, Marokko (damals noch Protektorat), Saudi-Arabien und Pakistan nach kurzer Zeit wieder auseinandergebrochen. Selbst auf nichtstaatlicher Ebene hatten sich der 1949/51 in Karachi wiederbelebte Islamische Weltkongress und die 1962 in Mekka gegründete Islamische Weltliga politisch bis 1969 kaum durchsetzen können. Die Krise des arabischen Nationalismus aber, die mit der Niederlage von 1967 so eindringlich bewiesen zu sein schien, und damit die Krise des staatskapitalistischen Entwicklungsweges eröffnete dem islamischen Block nun weitaus größere Handlungsmöglichkeiten.

**Die Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz
(Stand: 1. Juni 1984)**

Arabische Staaten

Ägypten	Libyen
Algerien	Marokko
Bahrain	Mauretanien
Dschibuti	Oman
Irak	PLO*
Jemen (Arabische Republik)	Saudi-Arabien
Jemen (Demokratischer)	Somalia
Jordanien	Sudan
Katar	Syrien
Kuwait	Tunesien
Libanon	Vereinigte Arabische Emirate

Andere afrikanische Staaten

Gambia
Gabun
Guinea
Guinea-Bissau
Kamerun
Mali
Niger
Obervolta
Senegal
Sierra Leone
Tschad
Uganda

Andere asiatische Staaten

Afghanistan
(derzeit suspendiert)
Bangladesch
Brunei
Indonesien
Iran
Komoren
Malaysia
Malediven
Pakistan
Türkei

* Die PLO wurde auf der 2. ISC in Lahore als Vertreterin Palästinas anerkannt.

Die Gründungsmitglieder sind kursiv hervorgehoben.

Die ›islamische Solidarität‹ wird organisiert

Am 4. März 1972 unterzeichneten Vertreter von 29 islamischen Staaten auf der 3. CIFM in Jeddah eine ›Islamische Charta‹, in der die Gründung der OIC offiziell verkündet wurde. Die Zahl der Mitglieder ist inzwischen auf 44 angewachsen, wobei die Mitgliedschaft Afghanistans weiterhin suspendiert ist. Den 22 Mitgliedern, die sich als arabisch-islamisch verstehen — eine wohl nicht in allen Fällen unumstrittene Selbsteinschätzung —, steht nun die gleiche Zahl anderer Mitgliedstaaten (10 aus Asien, 12 aus Afrika) gegenüber.

In den in der Charta genannten politischen Zielen wird explizit nicht von einem Staatenbund gesprochen, sondern lediglich von der ›islamischen Solidarität‹, auf der jedwede Politik der Mitgliedstaaten basieren solle¹². Die Charta garantiert die uneingeschränkte Souveränität der OIC-Staaten und ihre territoriale Integrität. Alle Mitglieder haben sich in der Charta auf einen Gewaltverzicht geeinigt (Art. II B, Ziff. 3, 4 und 5). Da die islamische Solidarität immer auch um die Frage Palästina/Jerusalem kreist, wird in dem Artikel II A, Ziffer 5 als einzige konkrete Maßnahme von den Mitgliedstaaten gefordert, »die Anstrengungen der islamischen Völker für die Sicherung der Heiligen Stätten zu koordinieren und den Kampf des palästinensischen Volkes zu unterstützen«. Alle anderen Ziele der OIC sind weniger spezifisch und bieten daher auch weniger Reibungsflächen. Genannt werden unter anderem die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, Friedenssicherung und Entspannung sowie die »Ausrottung des Kolonialismus«.

Zwischen 1972 und 1984 ist die OIC ständig organisatorisch ausgebaut worden. Als höchstes beschlussfassendes Organ fungiert die Islamische Gipfelkonferenz (ISC), die nun alle drei Jahre zusammentreten soll. Bisher tagte die ISC viermal: 1969 in Rabat, 1974 in Lahore, 1981 in Mekka/Taif und 1984 in Casablanca. Die CIFM tritt in der Regel alljährlich zusammen; bisher gab es 14 Konferenzen sowie zwei außerordentliche Außenministertreffen (1980 und 1981). Auf der CIFM sollen die Beschlüsse der ISC konkretisiert beziehungsweise vorbereitet werden. Außerdem wählt die CIFM den Generalsekretär des Ständigen Sekretariats (auch Islamisches Sekretariat genannt), das seinen Sitz provisorisch in Jeddah hat und das nach der Lösung des Palästina-Konflikts nach Jerusalem verlegt werden soll. Der Generalsekretär, dem vier Stellvertreter unterstehen, soll laut Charta für zwei Jahre gewählt werden. Bisher hatten das Amt inne:

- der ehemalige Ministerpräsident Malaysias, Tunku 'Abdarrahman (1972—1974),
- der Ägypter Hasan Muhammad at-Tihami (1974—1976),
- der ehemalige senegalesische Außenminister Ahmadou Karim Gaye (1976—1978) sowie
- der ehemalige tunesische Außenminister al-Habib ach-Chatte (seit 1979), der bis zum Dezember 1984 im Amt bleiben soll.

Im Verlauf der letzten zwölf Jahre hat die OIC sich zu einer komplexen Organisation entwickelt, die von allen Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Nationaleinkommen finanziert wird. Daher ist es verständlich, daß die arabischen Ölstaaten, insbesondere Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate, nicht nur in finanzieller Hinsicht die Politik der OIC bestimmen. Die meisten Unterorganisationen der OIC verfügen über einen eigenen Haushalt und sind auch verwaltungsmäßig unabhängig. Dies gilt insbesondere für die vier angeschlossenen Institutionen, von denen die Islamische Entwicklungsbank die weitaus bedeutendste ist.

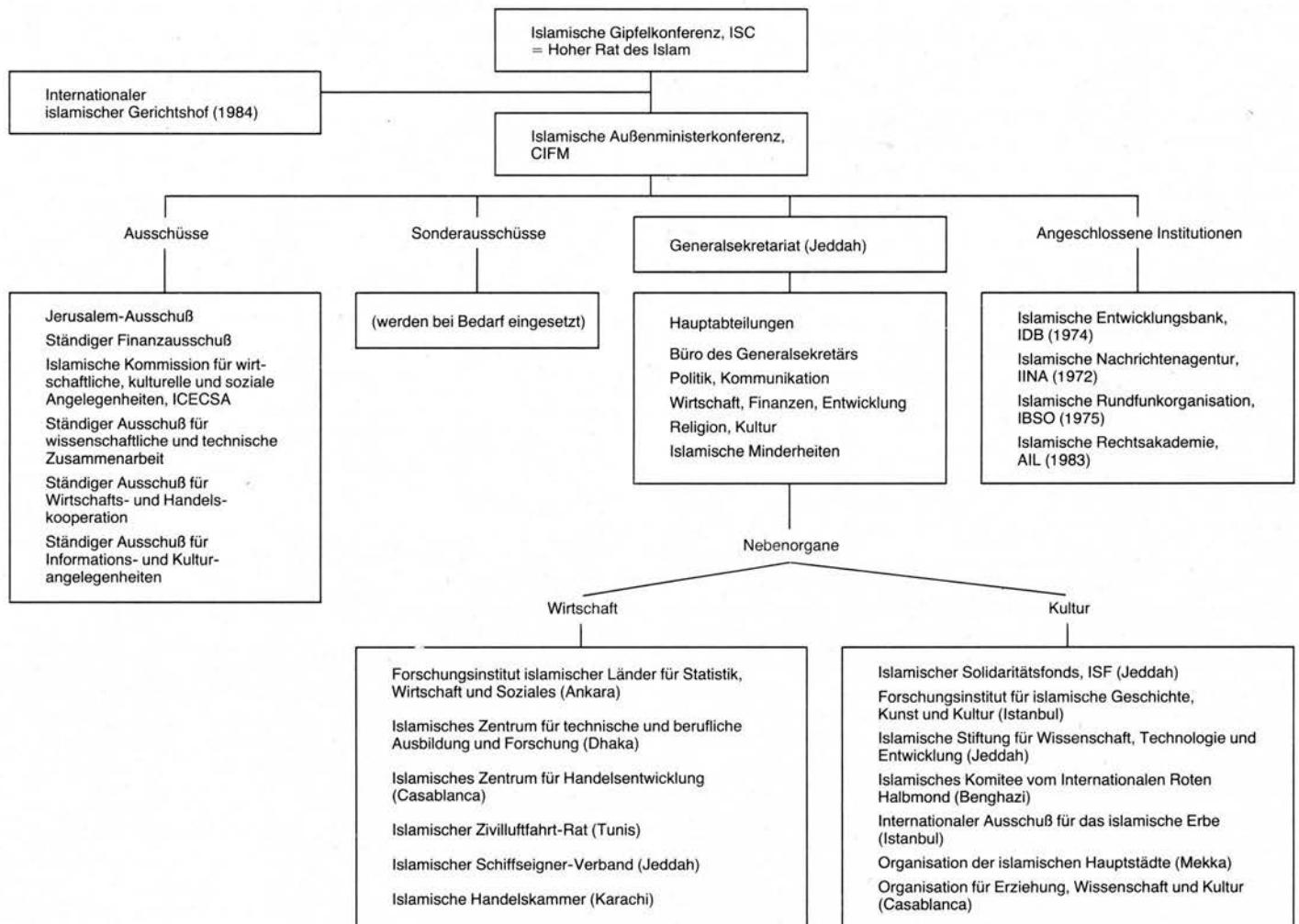
Die relativ autonome Verfassung vieler Einzel- und Unterorganisationen der OIC wird schon dadurch deutlich, daß nur selten alle OIC-Staaten in diesen Organisationen vertreten sind. So gehören der am 12. August 1974 gegründeten Islamischen Entwicklungsbank, die zu fast 35 vH von Saudi-Arabien finanziert wird¹³ und die sich organisatorisch an der Weltbank sowie an der Afrikanischen bzw. Asiatischen Entwicklungsbank orientiert, nur 34 (ursprünglich 29) OIC-Staaten an. Direkt dem Gene-

ralsekretär der OIC unterstellt sind nur die Hauptabteilungen und einige der Nebenorgane. Sucht man nun nach der Struktur der Machtverteilung innerhalb der OIC, so muß man, besonders in den Kooperationsbereichen Wirtschaft und Kultur, die autonomen Einzelorganisationen betrachten. Auf der politischen Ebene hat die OIC als Organisation sicherlich einen gewissen Zusammenhalt, der durch die zentrale Machtstellung der Monarchien Saudi-Arabien und Marokko garantiert wird. Während aber die politische Aussagekraft auf Grund der Heterogenität der Mitgliedstaaten recht beschränkt ist — bis heute wurden im ganzen nur etwa sechs politische Fragen auf den Tagungen der ISC oder der CIFM angesprochen (Palästina, Afghanistan, Iran-Irak-Konflikt, islamische Minderheiten, afrikanische Befreiungsbewegungen, Menschenrechte) —, hat sich in den Kooperationsbereichen Wirtschaft und Kultur ein enges Netz multilateraler Zusammenarbeit ergeben¹⁴. In diesen Bereichen scheint sich der Süd-Süd-Dialog effektiver führen zu lassen als in der rein politischen Sphäre, die durch die internationale Blockbildung bestimmt ist. Gleichsam als nachdrückliche Demonstration dieses Anspruchs beantragte die OIC 1975 die Gewährung des Beobachterstatus bei der UNO. Dieser Status wurde ihr von der Generalversammlung am 10. Oktober 1975 zuerkannt¹⁵. Doch erst etwa fünf Jahre später, 1980, ergaben sich engere Kontakte, die zu einer vertieften Kooperation zwischen den UNO-Organisationen und der OIC führen sollten.

Zusammenarbeit mit dem UN-System läuft an
 Am 14. November 1980 berichtete der Generalsekretär der Vereinten Nationen der Generalversammlung über die ersten Schritte auf dem Wege hin zu diesem Ziel. Die OIC war mittler-

weile organisatorisch so gefestigt und ausgebaut, daß die zuständigen UN-Unterorganisationen die notwendigen Ansprechpartner innerhalb der OIC vorfinden konnten. Die ersten Kontakte ergaben sich zwischen dem Sekretariat der Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) und der OIC schon vor 1980¹⁶. Die OIC erbat von der UNCTAD technische Hilfe bei der Erarbeitung von Entwicklungsprogrammen in den Bereichen Finanzwirtschaft, Technologietransfer, staatlicher Handel und transnationale Unternehmen. Die UNCTAD antwortete darauf 1981/82 mit einem Memorandum, in dem sie ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation in diesen Bereichen erklärte¹⁷. Umfangreicher gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der OIC. Innerhalb der OIC ist hier die Islamische Kommission für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Angelegenheiten (ICECSA) zuständig. In einem Memorandum vom Oktober 1981 wurde zunächst die gegenseitige Bereitschaft zu Konsultationen und zum Austausch von Informationen und Daten erklärt. Dieses Kooperationsabkommen führte zu direkten Beratungen zwischen der ICECSA und dem UNDP bzw. dem Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region (UNSO), um den Einsatz eines 210-Mill-Dollar-Programms für die von der Ausbreitung der Wüsten bedrohte Sahel-Zone zu koordinieren. Inzwischen versucht das UNDP verstärkt, auf die Kooperation zwischen den OIC-Staaten selbst einzuwirken. Mittlerweile ist die Kooperation zwischen Einrichtungen der OIC und solchen der Weltorganisation ständig gewachsen. Derzeit unterhält die OIC Beziehungen zu mindestens 21 Organisationen bzw. Programmen der Vereinten Nationen. Neben der UNCTAD und dem UNDP sind insbesondere zu nennen

Der Aufbau der Organisation der Islamischen Konferenz 1984



> die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO),

Die OIC forderte schon 1979 eine gemeinsame Gesprächsrunde mit der UNIDO, die sich mit der Industrialisierung in den OIC-Staaten beschäftigen sollte. Auch hier ist der Ansprechpartner der OIC die ICECSA. Dieses Gespräch kam im Frühjahr 1982 in Pakistan zustande.

> die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO),

Hier wird die Kooperation von Programmen bestimmt, die zur Senkung der Analphabetenrate in den OIC-Staaten führen sollen. In diesem Zusammenhang ist vielleicht von Interesse, daß die zwischen der UNESCO und der OIC entwickelten Programme explizit die traditionellen islamischen Bildungssysteme mit aufnehmen¹⁸.

> die Weltbank (IBRD),

Zwischen 1977 und 1982 hat sich eine feste Finanzkooperation zwischen der Weltbank und der IDB herausgebildet. In dieser Zeit wurden über 500 Mill. US-Dollar in Entwicklungsprogrammen investiert. 20 vH dieser Summe stellte die IDB zur Verfügung. Gefördert wurden insbesondere Bewässerungs- und Düngemittelprojekte sowie die Energiegewinnung. Auf der Finanzierungsebene scheint aber die multilaterale Zusammenarbeit zwischen der Weltbank einerseits und verschiedenen arabischen Fonds andererseits (hierzu gehört dann auch die IDB) an Bedeutung zu gewinnen. So wurden von einem solchen Finanzverbund 11,2 Mrd. Dollar in 227 Entwicklungsprojekten investiert.

> der Internationale Währungsfonds (IMF),

Obwohl alle OIC-Staaten auch Mitglieder des IMF sind, fällt die Kooperation zwischen der IDB und dem IMF zur Zeit bescheiden aus. Vielfach bezieht sich die Zusammenarbeit lediglich auf eine Schulung des IDB-Managements durch entsprechende IMF-Stellen.

> die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Am 7. April 1983 unterzeichneten die FAO und die OIC ein Memorandum, in dem die gemeinsame Erarbeitung von Nahrungsmittelprogrammen und ein ständiger Informationsaustausch vereinbart wurden. Inzwischen führt die FAO mehrere Programme, unter anderem in der Arabischen Republik Jemen und in Guinea-Bissau, unter der Aufsicht der OIC durch.

Nicht alle Kooperationsbereiche können hier genannt werden. Im allgemeinen ist es ohnehin sehr schwierig, die Effektivität der Zusammenarbeit zwischen der OIC und den UN-Organisationen zu bewerten. Doch sowohl die OIC als auch die UNO scheinen mit dem bisher Erreichten zufrieden zu sein.

Die 13. CIFM (22.–26.8.1982 in Niamey) »nahm mit Befriedigung Kenntnis von der sich erweiternden und vertiefenden Zusammenarbeit«¹⁹ und die Generalversammlung der Vereinten Nationen forderte kurz darauf einen weiteren Ausbau der Beziehungen²⁰. In ihrer Resolution 37/4 vom 22. Oktober 1982 wurde ein jährliches Zusammentreffen zwischen dem Generalsekretär der UNO und dem der OIC beschlossen²¹. Als Nahtstelle der Koordination der Zusammenarbeit fungiert die Hauptabteilung für politische Angelegenheiten, Treuhandschaft und Entkolonisierung im UN-Sekretariat, und zwar in Absprache mit dem UN-Beobachter der OIC. Das erste Treffen zwischen den beiden Generalsekretären fand am 28. Januar 1983 in New York statt. Schon vorher war ein UN-Vertreter auf der 13. CIFM anwesend.

Die Kooperation zwischen der Weltorganisation und der OIC wurde dann am 15. Juli 1983 auf einem Treffen des Generalsekretariats der OIC mit den Sekretariaten der UNO und anderer Organisationen des Verbandes der Vereinten Nationen in Genf einer Evaluierung unterzogen. Die auf diesem Treffen diskutierten fünf Kooperationsbereiche Ernährungssicherung, Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, Kapitalinvestitionen und Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures), Ausrottung des Analphabetismus sowie Flüchtlingshilfe scheinen sich mehr und mehr als die Kristallisationspunkte der Zusammenarbeit zwischen den UN-Organisationen und der OIC herauszustellen²².

In dem Bereich der Ernährungssicherung sollen mehr als fünf UN-Organisationen und -Programme mit der OIC zusammenarbeiten, wobei der FAO eine Koordinierungsfunktion zufällt. Über die Erarbeitung von Vorstudien ist die Kooperation aber noch nicht hinausgekommen. Immerhin wurden von Seiten des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) Vorschläge zur Bekämpfung des Kahlschlages an Wäldern und der Versal-

zung von Böden gemacht, und das UNDP unterbreitete der OIC (zuständig sind die Landwirtschaftsminister der OIC-Staaten) Programme zur Erarbeitung von Studien zu einzelnen Agrarprodukten.

Ähnliches gilt auch für den Bereich der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie. Auch hier sind wieder zahlreiche UN-Organisationen zuständig. Ansprechpartner im Verband der Vereinten Nationen soll die UNIDO sein, während von Seiten der OIC das Forschungsinstitut islamischer Länder für Statistik, Wirtschaft und Soziales in Ankara mit der Koordination beauftragt wurde. Die UNESCO sowie das Welternährungsprogramm (WFP) auf der einen und die ICECSA auf der anderen Seite sollen nun konzentriert Programme zur Bekämpfung des Analphabetentums entwerfen und durchführen. Im Bereich der Flüchtlingshilfe soll der Flüchtlingskommissar (UNHCR) die Zusammenarbeit koordinieren.

Diese nüchterne Bestandsaufnahme der Kooperation zwischen der OIC und dem UN-System zeigt, daß vieles von dem, was sonst über die Zusammenarbeit gesagt wird, noch nicht einmal ansatzweise verwirklicht werden konnte. Das Treffen zwischen den Sekretariaten der UN-Organisationen und der OIC hat nun zunächst zu einer gewissen Konzentration der Kooperation auf wesentliche Programmpunkte und zuständige Ansprechpartner geführt. Ob die Kooperation tatsächlich über die Planungsphase hinauskommt, hängt wohl wesentlich von der Beurteilung politischer Konflikte ab.

Freilich ist die Rhetorik der OIC nicht allzu wörtlich zu nehmen, wie sich am Beispiel des Verhältnisses ihrer Mitglieder zu IMF und Weltbankgruppe zeigt. So haben vor vier Jahren die islamischen Außenminister auf ihrer außerordentlichen Konferenz in Fez die OIC-Mitgliedstaaten aufgefordert, ihre Zahlungen »an den IMF und die Weltbank einzustellen, solange sie die PLO nicht als Beobachtermitglied akzeptieren«²³. Dieser Beschluß hinderte aber Saudi-Arabien nicht, 1981 und 1982 dem IMF über 9 Mrd. Dollar als Zahlung und Kreditsumme zur Verfügung zu stellen. Auch die Kooperation einzelner islamischer beziehungsweise arabischer Banken mit der Weltbank wurde durch diesen Beschluß nicht im geringsten belastet²⁴.

Anmerkungen

- 1 Einführung zur Geschichte der OIC: The Organization of the Islamic Conference (eine Selbstdarstellung der OIC), in: South (London), April 1983, S.19–26; Hamid H. Kizilbash, The Islamic Conference. Retrospect and Prospect, in: Arab Studies Quarterly 4(1982) 1/2, S.138–156; Mohammed S. Abdullah, Islam-Organisationen, in: CIBEDO-Dokumentation 5(Dez. 1979), S.3–11; Johannes Reissner, Internationale islamische Organisationen, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, München 1984, S.543–547; Martin S. Kramer, An Introduction to World Islamic Conferences, Tel Aviv 1978 (The Shiloah Center for Middle Eastern and African Studies, Occasional Paper No.63).
- 2 Europa-Archiv, Folge 20(1980), S.D557.
- 3 Ibid., S.D179. Hervorhebung vom Verfasser.
- 4 Siehe Sabine Hartert, Ein ägyptisches Fatwā zu Camp David, in: Welt des Islams N. S.22(1982) 1–4, S.139–142.
- 5 In: ahbar al-'alam al-islami (Mekka) 861(20.4.1404 = 23.1.1984), S.4.
- 6 Hierzu siehe Tilman Nagel, König Faisal und die »islamische Solidarität«, in: Orient (Opladen) 17(1976)1, S.52–71.
- 7 Europa-Archiv, Folge7 (1980), S.D178.
- 8 Was verständlicherweise nur selten geschieht, vgl. die Artikel zum Thema Ökonomie in: mağallat rabitat al-'alam al-islami (Mekka), z.B. 10(1392 = Jan.1973), S.10.
- 9 Vgl. Hans Kruse, The Politics of the Islamic Call, 1962–1966, in: Ders., Islamische Völkerrechtslehre, Bochum 1979, S.201–232.
- 10 Times v. 28.8.1969.
- 11 Text u.a. in: mağallat rabitat al-'alam al-islami, 7(1389 = Okt.1969)5, S.71.
- 12 Deutsche Übersetzung der Charta bei Abdullah (Anm.1).
- 13 Mağid Ibrahim 'Ali, al-bank al-islami li-tanmiya (The Islamic Development Bank), Kairo 1982, S.185ff.
- 14 Interview mit ach-Chatti in: The Middle East (London) 115(Mai1984).
- 15 UN-Doc. A/Res/3369 (XXX).
- 16 UN-Doc. A/36/384 v.2.11.1981.
- 17 UN-Doc. A/37/352 v.9.8.1982, S.7f.
- 18 UN-Doc. A/38/500 v.13.10.1983, S.23.
- 19 UN-Doc. A/37/567 v.1.11.1982, S.69.
- 20 UN-Doc. A/Res/37/4, Text: VN 6/1982 S.213; vgl. auch Resolution 38/4 v.28.10.1983.
- 21 UN-Doc. A/37/352 v.9.8.1982, Ziff.84–86.
- 22 UN-Doc. A/38/500, S.8ff.
- 23 Europa-Archiv, Folge 21(1980), S.D608.
- 24 UN-Doc. A/38/500, S.25.